



30.01.2012, 10:55

## Sarkozy überrascht mit Transaktionssteuer im Alleingang

FRANKFURT (Dow Jones)--Der französische Präsident Nicolas Sarkozy will ab 1. August eine Transaktionssteuer von 0,1 Prozent einführen. Der französische Alleingang in Sachen Finanzmarkttransaktionssteuer, die der Präsident am Sonntagabend im Fernsehen ankündigte, überrascht am Montag die Märkte. Im frühen Aktienhandel am Montag stellen die französischen Banken die größten Verlierer in Europa. Credit Agricole fallen um 4,9 Prozent, Societe Generale um 5,0 Prozent und BNP um 5,7 Prozent.

Hintergrund der Kursverluste sind Befürchtungen, dass der Alleingang Frankreich und seinen Finanzmarkt treffen wird. "Die Transaktionssteuer trifft zwar den Nerv der Bevölkerung, sie kann aber die Finanzmärkte schwächen", meint ein Händler am Aktienmarkt. Sarkozy erhofft sich von der Maßnahme angeblich ein Aufkommen von einer Milliarde Euro, vor allem aufgrund eines recht hohen Prozentsatzes: Sarkozy kündigte einen Steuersatz von 0,1 Prozent an, in den Diskussionen auf EU-Ebene war bislang eine Spanne von 0,01 Prozent bis 0,1 Prozent genannt worden.

Betroffen von der Maßnahme dürfte vor allem der sogenannte Hochfrequenzhandel sein, vermuten Händler. Diese Handelsform, bei der mit dem Einsatz von computergestützten Handelssystemen das Erzielen kleinster Gewinne innerhalb kürzester Zeiteinheiten angestrebt wird, werde den französischen Markt vermutlich künftig meiden, so ein Frankfurter Marktteilnehmer. Möglicherweise weiche dieser Handel nach New York oder London aus.

Das High-Frequency-Trading als Computerhandel auf Basis mathematischer Formeln, den so genannten Algorithmen, steuert an vielen Börsen bereits die Hälfte der Umsätze an den Kassamärkten bei. Doch der Computerhandel hat nicht nur negative Folgen: Marktteilnehmer befürchten, dass mit der Transaktionssteuer und dem Abwandern des High-Frequency-Handels die Liquidität sinkt, also die Umsätze deutlich zurückgehen. Das wiederum führe erfahrungsgemäß zu schlechteren Kursen und zu höheren Kursausschlägen an den Märkten.

Bei der BNP Paribas heißt es, Sarkozy habe zunächst einmal Aktien und Credit Default Swaps, also Versicherungen gegen Kreditausfälle, als Ziele der Transaktionssteuer erwähnt. Wichtig seien nun die Details zur Umsetzung, so die Bank. Daneben sei die Frage, ob sich nun andere Länder der Euro-Zone oder die EU dem Vorstoß anschließen.

Bislang steht Frankreich mit diesem Vorschlag auf europäischer Ebene allein auf weiter Flur. Sarkozy hatte schon Anfang Januar eine solche Steuer angekündigt und mit der Hoffnung verbunden, dass andere Länder diesem Schritt folgen würden. In Deutschland fand der Vorschlag bislang aber ein eher geteiltes Echo. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich bislang gegen einen Alleingang bei der Finanzmarkttransaktionssteuer ausgesprochen, hält aber eine Einführung auf Ebene der Eurozone für möglich. Mit dieser Haltung war sie allerdings auf harte Kritik ihres Koalitionspartners FDP gestoßen, der auf einer EU-weiten Einführung einer solchen Steuer unter Einbeziehung des größten Börsenplatzes London bestanden hatte. Als Alternative hatte der FDP-Vorsitzende, Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler, zuletzt eine Börsensteuer nach britischem Vorbild vorgeschlagen, um Großbritannien ins Boot zu holen.

Dieser Vorschlag hat auch innerhalb der CDU Befürworter. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) sagte dem Handelsblatt am Montag, er sei zwar nicht generell gegen diese Steuer, interessanter finde er aber die Variante, die in London schon erhobene Stempelsteuer auf Aktiengeschäften europaweit zu erheben. Der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel nannte eine Besteuerung der Finanzmärkte in der Eurozone dagegen "fair". Im Deutschlandfunk verknüpfte der SPD-Vorsitzende eine Zustimmung seiner Partei zu einer eventuell notwendige Erhöhung des Euro-Rettungsschirms an die Einführung einer solchen Steuer.

Sarkozys Vorschlag ist Teil eines Maßnahmenbündels, mit dem der französische Präsident sein Image vor den Präsidentschaftswahlen Anfang Mai in Frankreich aufbessern will. Um Jobs in der Industrie zu erhalten, sollen Teile der Sozialversicherungsbeiträge künftig statt von Arbeitgebern von Konsumenten gestemmt werden. Dazu sollen Umsatzsteuern erhöht und Abgaben zur Sozialversicherung gesenkt werden. Vorbild für die Pläne ist Deutschland: Mitte der 2000er Jahre wurden in Deutschland die Beiträge zur Sozialversicherung gesenkt und so ein Grundstein für die ökonomische Stabilität der

vergangenen Jahre gelegt.

Sarkozy liegt im Meinungsumfragen derzeit hinter François Hollande, dem Kandidaten der Sozialisten, zurück. Nun prescht er mit Reformvorschlägen für die Wirtschaft vor und will vor allem die in Frankreich zementierte 35 Stunden-Woche abschaffen. Mehr Flexibilität bei Wochenstunden und Lohn ist demnach das Ziel.

-Von Herbert Rude, Dow Jones Newswires,  
+49(0)69-29725217, herbert.rude@dowjones.com

(Andreas Kissler in Berlin hat zu diesem Bericht beigetragen)

DJG/hru/kgb/raz

(END) Dow Jones Newswires

January 30, 2012 04:55 ET (09:55 GMT)

Copyright (c) 2012 Dow Jones & Company, Inc.

---

© Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam • Realisiert mit [icomedias Enterprise|CMS](#)